

Mugabe setzt Machtpoker in Simbabwe fort

Zwölf Stunden hat gestern in Simbabwe ein Treffen über die Machtteilung zwischen Präsident Mugabe und Oppositionsführer Tsvangirai gedauert. Ein Ergebnis gab es nicht.

JOHANNESBURG. Da die Fronten verhärtet blieben, soll nun eine Sondertagung der Staatschefs des südlichen Afrika in der kommenden Woche eine Lösung finden. Bis dahin werde es noch weitere Debatten zwischen Delegationen seiner Zanu-PF und den beiden Fraktionen der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) geben, sagte Mugabe. Zugleich nannte er aber die Forderungen der MDC «unannehmbar».

Tsvangirais Forderungen

MDC-Führer Morgan Tsvangirai erklärte das Treffen vom Montag zum «dunkelsten Tag in unserem Leben». Dennoch halte die MDC am Abkommen zur Machtteilung fest. Dazu müssten aber die offenen Fragen vor einer Regierungsbildung gelöst werden. Dies betrifft vor allem eine ausgewogene Aufteilung der Ministerien, der Provinzgouverneure und anderer hoher staatlicher Ämter. Die MDC will die Kontrolle über das Innen-, Finanz-, Informations- und Landwirtschaftsministerium sowie die Gemeindeadministration. Die Zanu soll die Ressorts Verteidigung, Nationale Sicherheit und Justiz sowie das Außenministerium erhalten.

Mugabe: Probleme später lösen

Mugabe beharrt darauf, all diese Probleme erst nach der Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit zu behandeln. Darin wird er Präsident bleiben, während Tsvangirai Ministerpräsident wird und der Chef der anderen MDC-Fraktion, Arthur Mutambara, Vizepremier. Mutambara sagte, beide Seiten sollten Kompromisse machen, doch er stehe klar hinter Tsvangirai. Damit wies er Gerüchte über eine Einigung mit Mugabe hinter den Kulissen zurück. (FR.)

Neue Fronten im Osten Kongos

In Kongo haben sich Tutsi-Rebellen mit der Regierungsarmee auf eine Waffenruhe und ein Bündnis gegen die aus Ruanda stammenden Hutu-Milizen verständigt. Seit gestern stehen auch reguläre ruandische Truppen in Kongo.

WALTER BREHM

Gestern morgen haben ruandische Regierungstruppen die Grenze zur Demokratischen Republik Kongo überschritten. In Goma, Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, sagte ein westlicher Diplomat, die UNO-Friedenstruppe (Monuc) habe ihm den Einmarsch bestätigt: «Sie sind hier, wir haben sie gesehen.» Demnach sollen etwa 1500 bis 2000 ruandische Soldaten die Grenze überquert haben.

Im Prinzip hatten die kongolesische und die ruandische Regierung bereits im vergangenen Jahr gemeinsame Aktionen gegen die aus Ruanda stammenden Hutu-Milizen beschlossen, die sich Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR) nennen. Deren harter Kern besteht aus Hutu-Extremisten, die 1994 am Völkermord gegen die ruandischen Tutsi beteiligt waren.

Die Nkunda-Rebellion

Im vergangenen Spätsommer hatte dann aber der dissidente kongolesische Tutsi-General Laurent Nkunda in Nord-Kivu eine grossangelegte Offensive gegen die Regierungsarmee begonnen. Er warf ihr Kumpanei mit der FDLR vor. Nkundas Organisation, der Nationale Kongress für die Verteidigung des Volkes (CNDP), überrannte die kongolesische Armee. Im Dezember standen seine Kämpfer vor Goma.

Hunderttausende Zivilisten flohen, gerieten zwischen die Fronten und wurden Opfer von brutalen Übergriffen beider Seiten. Die humanitäre Hilfe internationaler Organisationen brach zeitweise zusammen. Die in der Region stationierten UNO-Blauhelme konnten die Zivilbevölkerung nicht schützen.

Das klägliche Versagen der Regierungsarmee und der UNO-Truppen befeuerte den Ehrgeiz Nkundas. Er drohte der Regierung in Kinshasa mit einem Marsch auf die Hauptstadt und dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung. Bei internationalen Beob-



Bild: rtr/Abdul Ndemere

Rebellen-General Bosco Ntaganda, der neue «Mann Ruandas» in Ost-Kongo?

achtern galt Nkunda zum diesem Zeitpunkt als «Mann Ruandas».

Der Regierung in Kigali hatte die Präsenz von ehemaligen Völkermördern in Ostkongo immer zur Legitimierung von Interventionen im Nachbarland gedient. Ruanda gehört aber auch zu den Profiteuren des meist illegalen Abbaus kongolesischer Bodenschätze (Gold, Kupfer, Coltan). Kigali ist heute eine der wichtigsten Drehscheiben des Handels mit diesen Rohstoffen, die in Ruanda selber nicht vorkommen.

Im Schatten des Gaza-Krieges

Mit der Jahreswende schwand das internationale Interesse am Geschehen in Ostkongo. Die Piraterie vor der Küste Somalias und der Krieg im Gaza-Streifen standen nun im Brennpunkt des Interesses. Internationale Betroffenheit scheint immer dort gegeben, wo internationale Kamerateams mit ihren Bildern sie alimentieren. Aber im Windschatten des öffent-

lichen Interesses bewegte sich im kongolesischen Kriegsgebiet einiges.

Anfang Januar kamen kaum beachtete Nachrichten aus dem Lager von Nkundas CNDP. Der Tutsi-General soll in dieser Zeit die Unterstützung wichtiger Offiziere seiner Kampfverbände verloren haben. Meldungen über die Absetzung Nkundas wurden jedoch dementiert.

Nkundas Rivalen beenden Krieg

Aber am vergangenen Freitag gaben elf CNDP-Kommandanten in Goma eine Pressekonferenz. Und sie hatten erstaunliches mitzuteilen – «eine Erklärung zum Ende des Krieges». Die Rebellion stelle nun ihre Kämpfer der kongolesischen Regierungsarmee zur Verfügung. Am Freitag schloss sich dann auch die Miliz der kongolesischen Hutu (Pareco) dem Abkommen an. Die Übereinkunft gilt als Ergebnis von wochenlangen geheimen Verhandlungen

in Kenias Hauptstadt Nairobi. «Als erstes wird es eine gemeinsame Brigade der drei kongolesischen Fraktionen gegen die ruandische Hutu-Miliz FDLR geben», erklärte ein CNDP-Sprecher in Goma. Wie weit Laurent Nkunda, der bisherige Chef des CNDP, an dem Abkommen beteiligt ist, bleibt vorerst unklar. Ist er tatsächlich gestürzt worden, oder hat sich der CNDP gespalten? An den Verhandlungen in Nairobi und an der Pressekonferenz in Goma hatte Nkunda jedenfalls nicht teilgenommen.

Neuer «Mann Ruandas»?

Als CNDP-Leader hatte sich bei diesen Gelegenheiten General Bosco Ntaganda vorgestellt. Er warf Nkunda vor, sich gegen eine Friedenslösung zu stemmen. Dass nun gestern ruandische Truppen mit dem Plazet der kongolesischen Regierung in Ostkongo einmarschiert sind, um mit dem neuen Bündnis der kongo-

lesischen Fraktionen gegen die ruandischen FDLR-Hutu vorzugehen, weist zumindest darauf hin, dass nun Bosco Ntaganda an Stelle von Laurent Nkunda die Position «Mann Ruandas» eingenommen hat. Denn an der Bekanntgabe des Waffenstillstands zwischen dem CNDP und Kongos Armee in Goma hatte auch Ruandas Generalstabschef James Kabarebe teilgenommen.

Politische Verhandlungen nötig

Das Abkommen zwischen den zuvor verfeindeten kongolesischen Parteien und die Allianz mit Ruanda ist jedoch vorerst eine rein militärische Einigung. Weder in Nairobi noch in Goma war etwas über den Konflikt um die Ausbeutung kongolesischer Bodenschätze oder über die politische Zukunft Ostkongos und seiner gepeinigten Bevölkerung zu hören. Zivilgesellschaftliche Organisationen oder Vertreter der verschiedenen in Ostkongo lebenden Ethnien waren an den Verhandlungen nicht vertreten. Ebenso wenig die UNO.

Wenn auf die militärische Einigung nicht schnell ein politischer Verhandlungsprozess zu Ostkongo folgt, sind aber nur neue Fronten abgesteckt und mit Ruanda offiziell eine neue Kriegspartei installiert worden. Deren Intervention ist laut der Regierung Kongos auf etwa drei Wochen angesetzt. Der Krieg um die Bodenschätze Ostkongos könnte aber nach der Zerschlagung der FDLR erneut aufflammen.



Karte: vwb

JOURNAL

Über 400 Flüchtlinge auf Booten nach Lampedusa

In der Montagnacht sind fast 450 Bootsflüchtlinge auf der süditalienischen Insel Lampedusa gelandet. Sie kamen in zwei Booten. Im Auffanglager auf der Insel mit etwa 700 Betten halten sich damit derzeit 1800 Flüchtlinge auf. (dpa)

Kuhhandel um US-Militärbasis

Die kirgisische Regierung braucht Geld, die russische will es liefern. Allerdings fordert Moskau dafür die Auflösung der dortigen US-Luftwaffenbasis.

CHRISTIAN WEISFLOG

MOSKAU. Russland will die USA in Zentralasien anscheinend mit den eigenen Waffen schlagen. «Tauscht der kirgisische Präsident die amerikanischen Soldaten gegen russische Dollar ein?» So titelte die zentralasiatische Internet-Agentur «fergana.ru» vor kurzem.

Präsenz ist den USA viel wert

Seit 2005 besteht Russland darauf, dass die US-Luftwaffenbasis im zentralasiatischen Gebirgsland Kirgisien aufgelöst wird. Denn der Staat ist Teil der «Shanghai Organisation für Zusammenarbeit» (SCO) – Russlands und Chinas Antwort auf die Nato. Auf Initiative Moskaus beschlossen die sechs SCO-Mitglieder, die amerikanischen Soldaten aus der Region zu drängen. Begründet wurde dieser Entscheid seltsamerweise damit, die Lage in Afghanistan habe sich stabilisiert.

Die US-Luftwaffenbasis in der Nähe der kirgisischen Hauptstadt Bischkek besteht jedoch bis heute. Jedesmal, wenn die lokale Regierung den Abzug forderte, erhöhte Washington die Zahlungen. Zurzeit betrage die gesamte US-



Karte: vwb

Finanzhilfe jährlich 150 Millionen Dollar, erklärte US-General David Petraeus am Montag in Bischkek. Der neue US-Präsident Obama möchte zudem das Truppenkontingent für Afghanistan um rund 20000 Soldaten aufstocken. Die Bedeutung der Luftwaffenbasis in Kirgisien wird dadurch erhöht.

Moskau lockt mit viel Geld

Doch Russland, das in Kirgisien ebenfalls eine Luftwaffenbasis unterhält, hat der ehemaligen Sowjetrepublik nun ein gutes Angebot gemacht: Für den Bau zweier Wasserkraftwerke will der Kreml einen Kredit von 1,7 Milliarden

Dollar zur Verfügung stellen. Zudem ist Moskau bereit, das durch einen US-Abzug verursachte Loch im kirgisischen Haushalt zu stopfen. Der Moment scheint günstig, denn das Land braucht dringend Geld. «Ohne schnelle Hilfe wird Kirgisien den Winter schwerlich überleben», kommentierte der russische Politologe Alexej Malaschenko kürzlich in einer Zeitung.

Erneut Besuch aus Washington

Doch Präsident Bakijev zögert. Er versuche damit, den Preis für die Basis zu erhöhen, sagte der kirgisische Politologe Mars Sarijew der russischen Zeitung «Kommersant». Petraeus hat dies verstanden: «Im Februar kommt eine Kommission aus Washington nach Bischkek, um die Erhöhung unserer Hilfe zu besprechen», sagte der General bei seinem Besuch.

Aus Sicht des russischen Politologen Malaschenko macht all dies vor allem eines deutlich: «Zu einer vollständigen Zusammenarbeit in der Afghanistan-Frage ist Russland nicht bereit, obwohl es an seiner Südflanke vom Kampf der USA gegen die Taliban im Grunde sicherheitspolitisch profitiert.»

Ban Ki Moon besichtigt Schäden im Gaza-Streifen

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon hat sich gestern persönlich ein Bild von den Zerstörungen nach dem Gaza-Krieg gemacht. Die arabischen Staaten sagten Wiederaufbauhilfe zu.

GAZA. Ban ist der höchste Vertreter der internationalen Gemeinschaft, der den Gaza-Streifen seit der Machtübernahme der Hamas im Juni 2007 besucht. «Es ist herzzerreissend, es ist schockierend, mir fehlen die Worte», sagte Ban vor den Trümmern des von Israel zerstörten UNO-Lagerhauses in Gaza. «Ich bin zutiefst traurig.»

Tausende Gebäude zerstört

Unabhängige Beobachter vermuten nach ersten Schätzungen, dass während der Offensive Israels im Gaza-Streifen Vermögen im Wert von fast zwei Milliarden Dollar zerstört wurde, darunter 4100 Wohnhäuser, 1500 Fabriken und Werkstätten, 20 Moscheen und zehn grosse Wasser- und Kanalisationsleitungen.

Am Montag hatte das palästinensische Statistikamt gesagt, es

seien über 22000 Gebäude zerstört worden; das wären etwa 14 Prozent aller Häuser im Gaza-Streifen. Die Bewohner in den Städten des Gaza-Streifens waren gestern damit beschäftigt, aufzuräumen. UNO-Koordinator John Holmes sagte, in einigen Strassen flössen Abwässer. 400000 Menschen seien ohne Trinkwasser.

Kairo lädt zu Geberkonferenz

Die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga haben zum Abschluss ihres Wirtschafts- und Sozialgipfels in Kuwait den Palästinensern im Gaza-Streifen Wiederaufbauhilfe versprochen. Saudi-Arabien hatte schon am Montag eine Milliarde Dollar zugesagt. Die arabischen Länder sind aber uneinig, wer die Hilfgelder erhalten und verteilen soll. Auf Wunsch Ägyptens soll nun Mitte nächsten Monat eine Gaza-Geberkonferenz stattfinden. Die EU hatte gesagt, sie gebe kein Geld, solange die Hamas in Gaza regiere.

Amnesty International meldete, erste Ermittlungen im Gaza-Streifen hätten ergeben, dass Israel weissen Phosphor eingesetzt habe. Er verursacht schwerste Hautverbrennungen. (ap/dpa)

TAGBLATT

Gesamtverantwortung
Hans-Peter Klausner

Chefredaktion
Gottlieb F. Höpli (Chefredaktor)
Philipp Landmark (des. Chefredaktor)
Silvan Lüchinger (Stellvertreter)
Eleonore Baumberger (Blattmacherin)
Bruno Scheible (Blattmacher)

Dienstchef: Thomas Müller

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG
Fürstentlandstrasse 122
Postfach 2362
9001 St. Gallen
Tel. 071 272 78 88

Verlagsleiter: Daniel Ehrhart

Verkaufte Auflage: 98 746 Ex.
Gratisauflage: 86 Ex.
(WEMF-Beglaubigung 30.9.08)

Inserate:
Publicitas AG
Vadianstrasse 45
9001 St. Gallen
Tel. 071 221 00 21
Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch
E-Mail: tagblatt@publicitas.ch

Anzeigenleiter: Raphael Jud